



Detailansicht des Registereintrags

Sandra Diana Wolczik Sachverständigenkanzlei Wolczik

Aktuell seit 02.09.2026 13:50:57

Natürliche Person

Registernummer:	R008148
Ersteintrag:	31.07.2026
Letzte Änderung:	02.09.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	—
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. Sebastian Wolczik

Mitgliedschaften (1):

1. Deutscher Gutachter und Sachverständigenverband e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (19):

Berufliche Bildung; EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Datenschutz und Informationssicherheit; Ländlicher Raum; Rechtspolitik; Strafrecht; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Tierschutz; Handel und Dienstleistungen; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Pferdesport

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Interessenvertretung erfolgt im eigenen fachlichen und beruflichen Interesse der Sachverständigenkanzlei. Sie umfasst insbesondere die Erarbeitung und Übermittlung von Stellungnahmen, Reformmemoranden, fachlichen Hinweisen und konkreten Regelungsvorschlägen an Mitglieder des Deutschen Bundestages, die Bundesregierung und weitere vom Lobbyregistergesetz erfasste Adressaten.

Aktuelle Schwerpunkte sind Reformfragen des Sachverständigenwesens und der Verfahrensqualität, Kinderschutz und familienrechtliche Verfahren, Tierschutz und Pferdewesen sowie unionsrechtliche Fragen einer qualifikationsbasierten Vertretung vor dem EUIPO. Gegenstand der Interessenvertretung sind insbesondere Qualitäts-, Qualifikations-, Transparenz-, Verfahrens- und Schutzstandards sowie deren gesetzliche und institutionelle Ausgestaltung.

Die Interessenvertretung erfolgt insbesondere durch schriftliche Stellungnahmen und Reformvorschläge sowie gegebenenfalls durch Fachgespräche, Konsultationen und Anhörungen.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für registrierte Sachverständigen-Fachvorbereitung

Beschreibung:

Ziel ist die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens für registrierte und qualitätsgesicherte Sachverständigen-Fachvorbereitung. Vorgesehen sind Regelungen zu Registrierung, Qualifikation, Fortbildung, Haftpflicht, Transparenz und Aufsicht sowie eine klare Abgrenzung zur Rechtsdienstleistung. Die fachliche Vorbereitung gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren soll geregelt werden, ohne die anwaltliche Prozessvertretung zu ersetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

RDG [alle RV hierzu]; ZPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Einführung eines Kinderschutz-Qualitätsgesetzes zur Verbesserung der Verfahrensqualität bei Kindeswohlentscheidungen

Beschreibung:

Ziel ist die Einführung eines Kinderschutz-Qualitätsgesetzes zur Verbesserung der Verfahrensqualität bei Kindeswohlentscheidungen. Vorgesehen sind eine verbindliche Doppelprüfung bei Trennungsmaßnahmen, eine zeitnahe gerichtliche Kontrolle, höhere Anforderungen an Sachverhaltsaufklärung und Dokumentation sowie Regelungen zu Kontaktabbrüchen, Fehlerkorrektur und Qualitätssicherung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [\[alle RV hierzu\]](#); BGB [\[alle RV hierzu\]](#); FamFG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Familienpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kinder- und Jugendpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Opferschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2607280025 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2026 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

3. Änderung der ZPO und BRAO zur Stärkung von Verfahrensgerechtigkeit, Waffengleichheit und effektivem Rechtsschutz

Beschreibung:

Ziel ist die Änderung der ZPO und BRAO zur Stärkung von Verfahrensgerechtigkeit und effektivem Rechtsschutz. Vorgesehen sind insbesondere Regelungen zur sichtbaren Verarbeitung entscheidungserheblichen Vortrags, zu Nichtabhilfeentscheidungen und Anhörungsrügen, zur fairen Strukturierung komplexer Verfahren, zur Berücksichtigung qualifizierter Fachvorbereitung sowie zur Transparenz wesentlicher anwaltlicher Prüfentscheidungen.

Betroffenes geltendes Recht:

ZPO [\[alle RV hierzu\]](#); BRAO [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Rechtspolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Recht" [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607280032** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

4. **Schaffung einer dritten qualifikationsbasierten Vertretungskategorie vor dem EUIPO**

Beschreibung:

Ziel ist die Prüfung und gegebenenfalls Schaffung einer dritten, qualifikationsbasierten und regulierten Vertretungskategorie vor dem EUIPO für Marken- und Designverfahren. Vorgesehen sind Regelungen zu Registrierung, Fachkunde, Praxiserfahrung, Fortbildung, Haftung, Aufsicht und Tätigkeitsgrenzen. Die Befugnis soll auf definierte EUIPO-Verwaltungs- und Registerverfahren begrenzt sein und keine allgemeine Rechtsberatung oder gerichtliche Vertretungsbefugnis begründen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Institutionelle Fragen der EU [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

5. **Schaffung gesetzlicher Regelungen zur Tierschutzprävention, Tiermedizintransparenz und zum Schutz von Tierhaltern und Eigentümern**

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung gesetzlicher Regelungen zur Prävention schwerer Tierquälerei und zur Stärkung des Tierwohls. Vorgeschlagen werden insbesondere Frühwarn- und Kontrollmechanismen, eine wirksamere Kontrolle von Tierhalteverböten, verbesserte Beweissicherung und Behördenkoordination sowie mehr Transparenz und Schutzrechte in Tiermedizin und Tierhaltung.

Betroffenes geltendes Recht:

TierSchG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; StGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Ländlicher Raum [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Zivilrecht [alle RV hierzu]; Pferdesport

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2607280031** (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2026 an:

Bundestag

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro